

Das Referendum als Chance 03.07.2015



ATHEN/BERLIN (Eigener Bericht) - Unverhohlene Aufrufe zum Sturz der demokratisch gewählten Regierung Griechenlands werden in deutschen Medien laut. "Syriza muss fallen!", fordert eine bekannte deutsche Illustrierte. Leitmedien berichten, das Bundeskanzleramt und führende Minister in Berlin seien sich "einig", mit "der derzeitigen Regierung" in Athen sei "kein Staat zu machen". Zuvor hatte das deutsche Veto gegen sofortige Hilfen für Griechenland zu schweren außenpolitischen Verwerfungen mit Paris geführt. Der französische Präsident Hollande forderte in einer öffentlichen Rede: "Um es klar zu sagen, eine Vereinbarung muss sofort her", konnte sich aber gegen Berlin nicht durchsetzen. Frankreich befürchtet den vollständigen Einflussverlust im Mittelmeergebiet und neue Angriffe Berlins auf seine Politik, sollte die deutsche Unterwerfung Griechenlands gelingen. Die deutsche Presse orchestriert den katastrophalen Siegeszug der Berliner Außenpolitik in immer aggressiveren Tönen und nennt den Regierungschef Griechenlands einen "Teppichhändler". Bei der griechischen Bevölkerung handele es sich "um eine Mischung aus Slawen, Byzantinern und Albanern", heißt es in offen rassistischen Anklängen. Die sich steigern Propaganda bereitet die Wiedereinsetzung der deutschlandhörigen Teile der griechischen Eliten aus Sozialdemokraten und Konservativen vor.

Keine Verhandlungen

Der deutschen Obstruktionspolitik hatte sich zuletzt vor allem Frankreich entgegengestellt und eine schnelle Lösung in den Verhandlungen mit Griechenland gefordert - noch vor dem für Sonntag angekündigten Referendum. Auch Rom mahnte zur Eile: "Wir bemühen uns beständig von Minute zu Minute, damit man noch eine Vereinbarung für Griechenland findet", erklärte der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi am Mittwoch, um zugleich zu triumphieren: "Italien ist aus der Schusslinie." [1] Angesichts der eigenen Verschuldung betreiben die italienischen Eliten eine doppelbödige Politik, die sich Berlin anbietet und mit Athen kokettiert.

Keine Chance

Frankreichs Staatspräsident François Hollande verlangte mit außergewöhnlichem Nachdruck: "Um es klar zu sagen, eine Vereinbarung muss sofort her". [2] Das gegen Berlin gerichtete Drängen ist vergeblich. Mit Hilfe seiner europäischen Gefolgschaftsstaaten und der dort abhängigen Kreise kann der deutsche Hegemon seine Forderung nach Einstellung der Verhandlungen vollumfänglich durchsetzen. "Es wird in den kommenden Tagen keine weiteren Gespräche geben, nicht in der Eurogruppe und auch nicht zwischen der griechischen Seite und den Institutionen", ließ Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem am Mittwochabend mitteilen. [3]

Die unerbittlichen Deutschen

Mit dem Verhandlungsstopp hat die Bundesrepublik ihre europäische Vormacht erneut demonstriert. Paris ist zum wiederholten Male mit dem Bemühen gescheitert, seine traditionell einflussreiche Position in den EU-Mittelmeerländern gegen Berlin zu behaupten. [4] Zudem rechnet die französische Regierung damit, bei einem weiteren deutschen Durchmarsch zunehmenden Pressalien ausgesetzt zu werden. Genüsslich notiert die deutsche Presse, "Frankreichs Nachsicht mit Griechenland" werde "genährt vom Bewusstsein, dass auch das eigene Land oftmals gegen europäische Regeln verstoßen" habe. Dabei schwingt "immer auch ein wenig Sorge mit: So unerbittlich sind die Deutschen heute mit den Griechen und morgen vielleicht schon mit uns." [5] Der gleiche Gedanke wiegt umso schwerer für Italien, das im Falle eines griechischen Zusammenbruchs als einer der nächsten Staaten in den monetären Krisenstrudel gezerrt zu werden droht.

"Syriza muss fallen!"

Während sich Paris und Rom der Berliner Linie fügen müssen, reden deutsche Medien einen Machtwechsel in Athen herbei. "Die Frage ist, ob bestimmte Akteure nicht den Sturz der demokratisch gewählten Regierung wünschen" [6], hatte der Athener Arbeitsminister Panos Skourletis schon in der vergangenen Woche gewarnt. Eine führende deutsche Tageszeitung vermerkt nun, Berliner Regierungspolitiker hätten einem Ausruf des Oppositionschefs Gregor Gysi im Bundestag - "Sie wollen diese linke Regierung in Griechenland beseitigen" - nicht widersprochen. Vielmehr seien sich Kanzlerin Angela Merkel, Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) darin "einig" gewesen: "Mit der derzeitigen Regierung in Athen sei - im wörtlichen Sinne - kein Staat zu machen." [7] Merkel habe, so heißt es, im Parlament "sorgsam zwischen der griechischen Regierung und den Menschen dort" unterschieden: "Dem griechischen Volk versicherte sie Beistand und Solidarität. Nicht dessen Regierung." Bereits jetzt drohe der Syriza-Regierung "der Zerfall", heißt es in der deutschen Presse hoffnungsvoll. [8] In einem illustrierten

Groschenblatt aus Hamburg war am gestrigen Donnerstag die Forderung zu lesen: "Syriza muss fallen!"[9]

Das "Ja" erzwingen

Als Chance, die demokratisch gewählte Regierung loszuwerden, gilt in Berlin das Referendum am kommenden Sonntag. Die Bundesregierung hat nicht nur eine etwaige Einigung mit Athen vor dem Referendum verhindert, mit der sich die Regierung Tsipras hätte stabilisieren können; sie hat vor allem auch eine Ausweitung der EZB-Notkredite für Athen unterbunden und damit schmerzhaft Kapitalverkehrskontrollen erzwungen. Dies helfe, in Griechenland Panik zu schüren und "die Zahl der Neinstimmen" zu senken, urteilen Beobachter.[10] Ergänzend werden namentlich ungenannte "Banker" mit dem Hinweis zitiert, am Sonntag könnten "die ersten Geldautomaten (in Griechenland, d. Red.) leer sein".[11] War in Umfragen vom Mittwoch noch eine klare Mehrheit (46 zu 37 Prozent) für ein "Nein" zu den Berliner Spardiktaten zu verzeichnen, so werden inzwischen Behauptungen laut, der Trend habe sich bereits umgekehrt. Unklar ist, ob es sich bei den Spekulationen um propagandistische Störmanöver handelt oder ob die deutsche Obstruktionspolitik bereits hinlänglich Angst verbreitet, um den Gehorsam der griechischen Bevölkerung zu erzwingen.

"Frech" und "pervers"

Da die geographische Reichweite der deutschen Propaganda begrenzt ist, zielt ihr beleidigender, verletzender und drohender Ton offenbar auch auf die eigene Bevölkerung und auf eventuelle Opponenten der neoliberalen Finanzdiktatur in Deutschland sowie in den benachbarten Staaten. Die Athener Politik sei "ohne jeden Sinn und Verstand", behauptet Finanzminister Schäuble.[12] Tsipras' Regierung wird wahlweise als "unverschämt" (FAZ), "frech" (FAZ) [13] oder "pervers" (Stern) [14] bezeichnet. Die Wirtschaftspresse geht mittlerweile zu rassistisch konnotierten Klischees über und beschimpft Alexis Tsipras als "Teppichhändler".[15] Offen rassistische Anklänge sind in dem Springer-Blatt "Die Welt" zu lesen, wo es heißt, "bei den Griechen der Neuzeit" handele es sich weniger um Nachfahren des historischen Hellas als "um eine Mischung aus Slawen, Byzantinern und Albanern".[16]

Mehr zur deutschen Griechenland-Politik: [Von Irrläufern, Zockern und Bürschen](#) , [Die strategische Flanke](#) , [Austerität um jeden Preis](#) und [Zum Teufel gejagt](#) .

[1] Drohendes Euro-Aus Griechenlands: Sie war's, sie war's - er war's, er war's. www.spiegel.de 01.07.2015.

[2] Euro-Staaten verweisen Tsipras in die Warteschleife. www.faz.net 01.07.2015.

[3] Euro-Partner stoppen Gespräche mit Athen. www.euractiv.de 02.07.2015.

[4] S. auch [Kein Tandem](#) , [Die Abkopplung Frankreichs](#) und [Auf dem Weg in die Zweite Liga](#) .

[5] Michaela Wiegel: Gnade vor Recht. Frankfurter Allgemeine Zeitung 30.06.2015.

[6] Maren Osterloh: Griechischer Minister attackiert Schäubles Grexit-Aussage. www.welt.de 25.06.2015.

[7] Günter Bannas: Was der gute Europäer macht. Frankfurter Allgemeine Zeitung 02.07.2015.

[8] Elisa Simantke, Gerd Höhler: Regierung von Alexis Tsipras droht der Zerfall. www.tagesspiegel.de 02.07.2015.

[9] Hans-Ulrich Jörges: Syriza muss fallen! www.stern.de 02.07.2015.

[10] Michael Martens: Vom Grexit zum Alexit? Frankfurter Allgemeine Zeitung 29.06.2015. S. dazu [Zum Teufel gejagt](#) .

[11] Banken könnte am Sonntag das Geld ausgehen. www.n-tv.de 02.07.2015.

[12] "Ohne jeden Sinn und Verstand": Bundesregierung richtet schwere Vorwürfe an Griechenland. www.euractiv.de 02.07.2015.

[13] Holger Steltzner: Zwei Währungsunionen - derselbe Fehler. Frankfurter Allgemeine Zeitung 01.07.2015.

[14] Hans-Ulrich Jörges: Syriza muss fallen! www.stern.de 02.07.2015.

[15] Ruth Berschens, Jan Hildebrand, Donata Riedel: Teppichhändler Tsipras. www.handelsblatt.com 01.07.2015.

[16] Berthold Seewald: Griechenland zerstörte schon einmal Europas Ordnung. www.welt.de 11.06.2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com